

Politische Zeitung

norm. im G. Schweissfah'schen Verlage. (Hollischer Courier.)

Intentionen... für die fünfjährige Zeit oder deren Raum 18 Pf., 15 Pf. für Halle u. Magd.-Bez. Verlegung. Rechnen an der Spitze des Anzeigens... pro Zeile 40 Pf.

N 193.

Verlag der Actien-Gesellschaft Hallische Zeitung.

Halle, Dienstag den 21. August.

Verantwortl. Redacteur: Dr. Merz, A. Goehring in Halle.

1883.

Politische Wochenschau.

Halle, 20. August.

Die Kaiserlichen Majestäten sind von ihren Sommerreisen wieder zurückgekehrt, Kaiser Wilhelm hat seine Reisen auf Schloss Babelsberg aufgeschoben, die Kaiserin im Schloss zu Potsdam, von wo die hohe Frau alle Tage zum gemeinsamen Dinner mit dem Kaiser nach Babelsberg fährt.

Der Kronprinz und die Kronprinzessin haben sich in einem an den Reichsanwalt gerichteten Erlaß an das deutsche Volk mit der Aufforderung gemeldet, mit ihnen der tiefen Bedröbnis über das Unglück von Söding einen würdigen Ausdruck zu geben durch eine Sammlung zum Besten der Verunglückten.

Am 19. August Abends, nach der diesem Tage erfolgten Tausch des zweiten Schotes des Prinzen Wilhelm hat der Kronprinz seine Inspektionsreise im Bereiche der 4. Armee-Inspektion ausgetreten, um sich zunächst nach Darmstadt zu begeben, von wo er die Operationen von Mainz, Offenbach und Gießen besichtigt werden sollen.

Die Frage wegen Inkrafttretens des Handelsvertrags mit Spanien hat infolgedessen eine Lösung gefunden, als der Reichskanzler sich mit der spanischen Regierung dahin geeinigt hat, auf über Verbot der späteren Ratifikation in dem 12. Juli abgeschlossenen Vertrage vorläufig nur die in dem Vertrage vorgezeichneten Zollsätze für den beiderseitigen Waarenverkehr in Kraft treten.

Die Frage wegen Inkrafttretens des Handelsvertrags mit Spanien hat infolgedessen eine Lösung gefunden, als der Reichskanzler sich mit der spanischen Regierung dahin geeinigt hat, auf über Verbot der späteren Ratifikation in dem 12. Juli abgeschlossenen Vertrage vorläufig nur die in dem Vertrage vorgezeichneten Zollsätze für den beiderseitigen Waarenverkehr in Kraft treten.

Die Frage wegen Inkrafttretens des Handelsvertrags mit Spanien hat infolgedessen eine Lösung gefunden, als der Reichskanzler sich mit der spanischen Regierung dahin geeinigt hat, auf über Verbot der späteren Ratifikation in dem 12. Juli abgeschlossenen Vertrage vorläufig nur die in dem Vertrage vorgezeichneten Zollsätze für den beiderseitigen Waarenverkehr in Kraft treten.

Die Frage wegen Inkrafttretens des Handelsvertrags mit Spanien hat infolgedessen eine Lösung gefunden, als der Reichskanzler sich mit der spanischen Regierung dahin geeinigt hat, auf über Verbot der späteren Ratifikation in dem 12. Juli abgeschlossenen Vertrage vorläufig nur die in dem Vertrage vorgezeichneten Zollsätze für den beiderseitigen Waarenverkehr in Kraft treten.

heit — wenn auch ohne sichtbaren Erfolg — zur Aufweicung des Volkes benutzten: ein sozialdemokratischer Redner verriet sogar, daß das „Volk von Berlin“ mit dem von Paris eines Sinnes sei und mit ihm gemeinschaftliche Sache machen wolle.

In Uebereinstimmung mit der Mitteilung, daß die französische Regierung aus Anlaß des Troncoso-Ereignisses in An dem Entschluß gefaßt hat, ganz Anam dem Protektorat Frankreichs zu unterwerfen, wird gemeldet, daß der Angriff auf Hanoi, die Hauptstadt des annamitischen Reichs, von Seiten des Admirals Courbet eröffnet ist.

In Betreff der Vorgänge in Tamatave sprachen sich Herr Gladstone und Lord Granville in sehr verständlichem Sinne aus, indem sie über U.berzeugung Ausdruck gaben, daß eine befriedigende Lösung des Konflikts mit Sicherheit zu erwarten sei.

Das englische Oberhaus erledigte am 18. August die schottische Postbill in der Spezial-Verhandlung und nahm dabei mehrere von der Regierung beantragte Abänderungen an.

Neuzeit der Virenien, in Spanien, dem Lande der Pro-munciations, haben wieder einmal einige Militärereignisse stattgefunden. Die erste Weltereife nach Sabadoz an der portugiesischen Grenze aus und gleich darauf wurden auch aus Alcalañon und Catalonia militärische Aufstände gemeldet.

Die Krankheit des Grafen Chambray hat sich neuerdings wieder verschlimmert und wird das Ableben des bourbonischen Kronprinzenenden jeden Tag erwartet. Die Wiener Aerzte, die an sein Krankenlager nach Proßdorf geeilt sind, haben ihn aufgegeben.

In Wien hat am 10. ein Arbeiterpugil socialdemokratischer Charakters stattgefunden, bei welchem es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den Excedenten einerseits und Polizei und Militär andererseits kam.

Die elektrische Ausstellung in Wien wurde am 16. d. Mts. von dem Kronprinzen von Oesterreich im Auftrage des Kaisers von Oesterreich eröffnet. Am 18. wurde die Feier des kaiserlichen Geburtstages im ganzen Reiches festlich begangen.

Der Fürst von Montenegro hat sich am 15. zum Besuch des Sultans an Bord der Yacht „Hyacin“ nach Konstantinopel eingeschifft. Bei seiner Abreise erließ er eine Proclamation, worin er hervorhebt, daß er, nachdem der Friede mit der Türkei nach jahrelanger Unterhandlung beiderseitigen Kämpfen abgeschlossen, als erster unter den Herrschern Montenegros einen Besuch in Stambul abtun werde, um die nun herrschenden freundschaftlichen Beziehungen zu befestigen und Montenegro bei seinem jetzigen friedlichen Entwicklungs-gange die Früchte sympathischer Freundschaftlichkeit in allen seinen Grenzen genießen zu lassen.

Die Cholera scheint in Egypten nachzulassen, ist aber jetzt auch in Beyrut aufgetreten. Von Seiten des deutschen Reichs ist beschlossen worden, eine wissenschaftliche Expedition nach Egypten zu entsenden, welche die Aufgabe hat, die Entstehung, Natur und den Verlauf der Cholera, sowie die zur Bekämpfung derselben geeigneten Maßregeln an Ort und Stelle zu erforschen. Die Expedition, welche unter der Leitung des Mit-gliedes des kaiserlichen Gesundheitsamtes, Geh. Regierungsraths Dr. K. Koch steht, wolle am Donnerstag (16.) abreisen und sich über Brinnis zunächst nach Alexandria begeben.

Der Handels- und Freundschaftsvertrag zwischen Deutsch-land und Mexiko ist von der mexicanischen Regierung publiziert worden.

Politischer Tagesbericht.

Unser Berliner Correspondent schreibt uns heute: Der Telegraph hat in den letzten Tagen die Zeitungen mit alarmierenden Meldungen von Ruhestörungen gefüllt, welche in verschiedenen Städten der österreichisch-ungarischen Monarchie die Bevölkerung erschreckt und hier und da zu Unruhezuständen geführt haben. Fast überall sind diese Unruhen als Ausbrüche des Nationalhaßes zu charakterisieren, welcher, wie es scheint, in unserer Zeit die Führung der geschichtlichen Bewegung übernehmen will. Ganz im Gegensatz zu den humanitären Tönen des vorigen Jahrsabends, welche zu einem Kosmopolitismus führten, vernehmen wir heute wieder die Töne mit nationaler Aufregung, welche wir, wie wir Deutsche, allerdings sehr wohl gekannt haben. Aber die Drangsal, welche über Deutschland kam, ist nicht das erforderte Nationalgefühl wieder und liegen es nicht wieder einzuschließen, bis es zu seiner Befriedigung in der Wiederherstellung des deutschen Reiches gelangt. Aber das deutsche Nationalgefühl ist niemals, weder zum Augenblicke ausgetreten, noch hat es sich zu einer Ueberfröhenlichkeit verleiten lassen, welche die Aspirationen der slavischen Race bezeichnet. Der Autokratismus ist uns fremd geblieben, und wenn wir dessen begehrt werden, so geschieht es nur von jener Seite, welche nach einem Bortwande sucht, um freibewegende Völkern zu verdrängen; von Seiten des Pan-Slavismus und Cyprianismus. Die österreichisch-ungarische Monarchie aber ist in einer schlimmeren Lage, gegenüber dem jetzt grassirenden Nationalitätenfeind, als Deutschland mit seiner compact nationalen Bevölkerung. Die österreichisch-ungarische Monarchie ist ein Wälder-Conglomerat und die frühere österreichische Politik bis zu Metternichs Zeiten zog es vor, die Monarchie durch ein Gleichgewicht zu erhalten, das sie eine Nationalität gegen die andere auspielte, statt sie zur Einheit des Staatsgedankens zu erziehen. Die Verwässerung der Vergangenheit ist zu einer kaum zu überwaltigenden Sorge der Gegenwart geworden; aber der Kampf, welchen die Regierung zu bestehen hat, ist über die Teilnahme aller freunde der Ordnung, weil das Nationalitätenfeind, welches ihr in zwei Formen entgegentritt, in beiden Formen nur als eine zerstörende, nicht als eine belebende Macht charakterisiert. Der Pan-Slavismus ist ja im Grunde nichts anderes, als der Versuch einer neuen Ueber-schwemmung des europäischen Kulturberens, während die Groß-machtwürde der einzelnen slavischen Stämme, wie der Croaten, welche mit ihren Bestrebungen die bestehenden slavischen Verbindungen zerbrechen wollen, doch wieder auf Abwärtigung und Unterwerfung verhandelter Stämme, die von solcher Verbindung durchaus nichts wissen wollen, abzielen. Den Kampf aller gegen Alle — das politische Chaos zur Folge haben müßten.

Auf die Nachrichten über einen Besuch des Cardinals Howard bei dem Reichskanzler zurückkommend, schreibt die „N. Allg. Zeitg.“:

Die solche Zeitungsnachricht über eine Zusammenkunft des Cardinals Howard und des Reichskanzlers ist von uns bereits richtig gestellt. Beide Herren haben niemals in ihrem Leben eine Begegnung gehabt und kennen sich nicht einmal von Nennen. Wir bemerken dies noch ausdrücklich, weil wir voraussetzen, daß bei der Paradedarstellung, mit der viele Blätter daran feilschen, ein einseitiger Widerspruch gegen die angeführten tatsächlichen Thatbestände nicht genügen wird, um Ihre Leser zu überzeugen, daß sie im Irrthum sind. Auch eine Reihe des Ministers von Oesterreich nach Kissingen hat weder stattgefunden, noch ist sie jemals in Aussicht genommen.

Zu dem neuen kirchenpolitischen Streitfall resp. Artikel der „Nord. Allg. Zig.“, die Ernennung des General-vicars Siegiog in Telfern zum Bischof von Tanesi i. p. und zum Hilfsbischof des Fürstbisthums von Breslau betreffend, sagt die „Germania“: „Es handelt sich um die Beteiligung der bischöflichen Weisgewalt an eine rito angeleitete, bereits mit der bischöflichen Jurisdiction betraute Personlichkeit, für den Staat kann nur die Ausübung der bischöflichen Jurisdiction Bedeutung haben. Die Weisgewalt, die Spendung der Sacramente der Firmung und der Priesterweihe und die Weihe der heiligen Orte sind so ausschließlich rein geistlicher Natur, daß der Staat an ihnen kein materielles Interesse hat, sondern nur von einem formalen, juristisch-bureaucratischen Standpunkte aus einen Anlaß finden könnte, sich an dieselben zu machen. Auf dieser Ermahnung beruht die Freiabgabe der Weisgewaltungen im neuen Reichsrecht. Ob der unter staatlicher Zustimmung angeleitete Weisgewalt des Fürstbisthums von Breslau für den österreichischen Theil die oben erwähnten Weisgewaltungen selbst vornimmt, oder ob zu diesem Zwecke ein österreichischer Nachbisthof oder der Weisgewalt von Breslau her-





